

für einen Katholiken, eine Katholikin, sondern auch für Protestanten, wenn dieselben gültig getauft sind und ein sonstiges Hindernis gegen die Gültigkeit ihrer ersten Ehe nicht erwiesen ist. — (Th. im oberrhein. Pastoralbl.)

**VII. (Anschaffung von Matrifen bei vermögenslosen Pfarrkirchen.)** Zuweilen begegnen dem Seelsorger mancherlei Schwierigkeiten, wenn es sich um Anschaffung von Pfarrmatrifen (Tauf- Trauungs- und Sterbematrifen) handelt. Mitunter kommt er bei der oft schiefen Ansicht der betreffenden Organe über diese Frage in die nichts weniger als angenehme Lage, daß er sich diese unbedingt nothwendigen ämtlichen Bücher (vgl. Conc. Trid. sess. XXIV, cap. I. de ref. matr.; Rituale Romanum Tit. X, cap. III.; Patent vom 20. Februar 1784), deren Wichtigkeit auch die Staatsverwaltung wiederholt anerkannt (Hofd. vom 10. Mai 1774, 15. Jänner und 21. Juni 1787 u. f. w.) und deshalb auch sehr genaue Vorschriften über die Führung derselben erlassen hat (vgl. besonders das citierte Patent vom 20. Februar 1784; Hofd. 2. März 1790; Hofkzld. 5. April 1844 u. f. w. nebst den neueren und neuesten einschlägigen Ministerial-Verordnungen), mit Rücksicht auf den mit ihrer Anschaffung verbundenen Kostenaufwand fast erkämpfen muß. Obwohl es bei auch nur theilweise richtigen Grundsätzen über die Verwendung des Kirchenvermögens und Anschaffung der nothwendigen Kirchen-erfordernisse aus demselben ganz natürlich und selbstverständlich sein sollte, daß diese Erfordernisse nicht bloß die Kirche, sondern auch die entsprechende Berrichtung der pfarrämtlichen und seelsorglichen Functionen betreffen und daß zu denselben auch die Matrifen und andere Pfarr- und Kirchenbücher gehören, mithin auch sie aus diesem Vermögen angeschafft werden sollen: so wollte doch diese ganz klare Sache manchen mit der Verwaltung des Kirchenvermögens und Aufsicht über dasselbe betrauten Organen nicht einleuchten, weshalb sich die staatliche Cultusverwaltung veranlaßt fand, specielle Vorschriften darüber zu erlassen und auch diesen obchon untergeordneten Zweig selbständiger Gebarung mit dem Kirchenvermögen in ihren Ressort — einzubeziehen.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Daß die Matrifen kirchlichen Ursprunges sind und als Eigenthum der Kirche gehören, folgt klar aus der Verordnung des tridentinischen Concils (sess. XXIV., cap. I. de ref. matr.) und des römischen Rituals: „De iis, quae in administ. Sacrament. generaliter servanda sunt“, wo es zum Schlusse heißt: Quisquis Sacramenta administrare tenetur, habeat libros necessarios ad officium suum pertinentes eosque praesertim, in quibus parochialium functionum notae ad futuram rei memoriam describuntur . . .“ Auch die josephinische Gesetzgebung hat dieses Eigenthumsrecht der Kirche, wie aus den obcitirten Decreten hervorgeht, anerkannt (vgl. auch das Hofdecret vom 22. Februar 1782 u. die a. h. Enschließung vom 2. März 1771), weshalb auch der k. k. Verwaltungsgerichtshof ganz folgerichtig entschied, „daß der politischen Behörde nur das Aufsichtsrecht über die Einhaltung der hinsichtlich der Matrifenführung bestehenden Vorschriften seitens der Matrifenführer zukomme. (Erftz. vom 24. Nov. 1887).



Da diese Vorschriften, obwohl sie ein älteres Datum tragen, in der besagten Richtung noch immer maßgebend sind, so dürfte es den Lesern der „Quartalschrift“ nicht ganz unerwünscht sein, wenn dieselbe hier wenigstens in Kürze reproducirt werden, da man sich im gegebenen Falle leichter orientieren und sie nöthigenfalls verwerten kann.

Die Zulässigkeit der Beschaffung der Pfarramtsbücher, sowie überhaupt der Matriken, deren Führung und Erhaltung entweder durch kirchliche oder landesfürstliche Normen angeordnet ist, aus dem Kirchenvermögen wurde bei verschiedenen Anlässen ausgesprochen, beziehungsweise bewilligt, u. zw.:

1. Des Fundations- und Persolvierungsbuches, mit Decret des böhm. Guberniums vom 16. August 1828, Z. 23.085;

2. der Ausfaat-Zechungs- und Abdruck-Register, mit Decret desselben Guberniums vom 29. October 1829, Z. 20.673;

3. des Protokolles der landesfürstlichen Bestimmungen „in publico — ecclesiasticis“, Erlaß vom 13. Februar 1838, Z. 2627;

4. des Protokolles in Betreff der Religionsveränderungen Verordnung vom 24. October 1834, Z. 33.984;

5. die besondere Eintragung der von den Beneficiaten zu führenden Pfarrbücher in die Kirchen und Pfarrinventarien, und zwar bei der Rubrik: „Fundus instructus des Pfarrhauses“ — Entscheidung vom 23. März 1835, Z. 11.935;

6. die Beschaffung des Pfarrgedenkbuches aus dem Kirchenvermögen — Präsidialdecret des genannten Guberniums vom 31. August 1835, Z. 5952; endlich

7. die Beschaffung der übrigen Pfarrbücher als: Des Eheverkündigungs-, Vermeldungs-, Brautführungs- und des Kirchenrechnungsbuches — Decret desselben Guberniums vom 13. December 1840, Z. 67.088.

Da laut der sub 5. angeführten Gubernialentscheidung die vorerwähnten Pfarrbücher in das Kirchen- und Pfarrinventar einzutragen sind, so folgt daraus zur Evidenz, daß hiedurch die Matriken als Eigenthum der betreffenden Kirche, beziehungsweise des fraglichen Beneficiums, ämtlich anerkannt und für solches ganz im Sinne des Hofdecretes vom 10. Mai 1774 erklärt worden sind. Es geht daraus, sowie ganz besonders aus dem eben citirten Hofdecrete, worin die Matriken ausdrücklich wichtige Kirchenbücher genannt und deshalb auch ihre möglichst gesicherte Verwahrung an einem feuerfesten Orte nachdrücklich angeordnet wird (Hofd. vom 2. März 1790 und Hofcommissionsdecret vom 31. October 1805 u. a.) aber auch klar hervor, daß die Matriken auf Kosten des betreffenden Kirchenvermögens anzuschaffen sind, welches nach seiner wesentlichen Bestimmung zur Bestreitung aller gottesdienstlichen und seelsorglichen Erfordernisse berufen ist.



Ist die Kirche vermögend, so unterliegt die Anschaffung der Matriken aus ihrem Vermögen bei gutem Willen der betreffenden Verwaltungsorgane in der Regel keiner Schwierigkeit, indem man im Hinblick auf die diesfalls bestehenden, oben angeführten Vorschriften und Normen keinen begründeten Einwand dagegen erheben kann. Anders gestaltet sich die Sache bei vermögenslosen Kirchen, die selbst ihre laufenden Erfordernisse nicht bestreiten können, da pſlegt die Beischaffung der Pfarrmatriken mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden zu sein. Wer ist nun in diesem Falle berufen und gesetzlich verpflichtet, die zur Bestreitung des Aufwandes nothwendigen Mittel aufzubringen? Der Kirchenpatron oder der Beneficiat oder die Pfarrgemeinde? Oder sollen alle diese Factoren dazu in solidum beisteuern nach Analogie der gesetzlichen Concurrenz bei Bauherstellungen?

Solange die Pietät und der christlich-fromme Sinn der Gläubigen lebendig und die daraus entspringende Opferwilligkeit für das Gotteshaus größer war, hat sich so manche ärmere Kirche auch in diesem Falle noch immer durchgeholfen. Kirchen- und Lampenlicht und viele andere Kirchenerfordernisse, wie z. B. Kirchen- und Altarwäsche, Paramente und sonstige Utenſilien wurden von den Gläubigen bei besonderen Anlässen und Kirchenfeierlichkeiten oft sogar über den momentanen Bedarf gespendet und die Kirche konnte von diesem zeitweiligen Ueberschuß für die spätere Zeit, wo die frommen Spenden nicht so ausgiebig flossen, oft manches ersparen, so daß man mehr oder weniger für das ganze Jahr mit dem Nothwendigsten gedeckt war. Auf diese Weise blieb nicht selten ein kleiner Ueberschuß in der Kirchencaſſa zurück, der im Nothfalle zur Anschaffung der Pfarrmatriken verwendet werden konnte und dazu auch in den meisten Fällen vollkommen hingereicht hätte.

Seitdem jedoch der christliche Opferſinn der Gläubigen — dank der „modernen“ Aufklärung und dem ebenso „modernen“ Fortschritte — nicht bloß bedeutend abgenommen hat, sondern an manchen Orten zum großen Theil verschwunden ist, haben die frommen Spenden für die Kirche fast ganz aufgehört und sind als mit der „modernen“ Anschauung „nicht vereinbar“ — außer Uebung gekommen. Die Folge hievon ist, daß die bislang zwar precäre, aber noch immer leidlich erträgliche Lage armer Kirchen sehr verschlimmert und sie außerstand gesetzt wurden, selbst ihre nothwendigsten laufenden Erfordernisse aus eigenen Mitteln zu decken.

Diesem traurigen, eines Gotteshauses unwürdigen und für den Seelsorger äußerst peinlichen Zustande sollte durch ein ganz originelles Mittel, nämlich durch Aufstellen von Opferstöcken in den Kirchen abgeholfen werden. „Da dem Vernehmen nach — so verordnet der a. h. Cabinetsbefehl bezw. das Hoffanzleidecret vom 7. November 1811 an sämtliche Länderstellen (Pr. G. S. Bd. 4, S. 108) — und das Gleichdecree des böhmischen Guberniums vom 20. December



1833, Z. 56.317 — viele Kirchen, theils wegen der obwaltenden Theuerung ihrer Bedürfnisse, theils wegen Verminderung der Stiftungs-Capitalien-Interessen mit ihren Einkünften weit unter die jährliche Bedeckung herabgekommen sind<sup>1)</sup>, so will ich da, wo dieser Fall erweislich eintritt und so lange solcher fort dauert, gestatten: daß in der Kirche nebst dem Opferstocke für die Armen, noch ein zweiter zur leichteren Bestreitung der täglichen Erfordernisse errichtet werde, von welcher Erlaubnis aber die Kirchen der Stifte und Klöster ausgeschlossen bleiben“.

Da die Abhilfe, die auf diese Weise geschafft werden sollte, den Erwartungen entweder gar nicht oder nur sehr ungenügend entsprach (man erwäge nur, wie heutzutage die verschiedenen Sammlungen zu Kirchenzwecken in ganzen Bezirken ja oft in ganzen Ländern mitunter ausfallen und was für Beträge in den genannten Opferstöcken einzulassen pflegen), so wurde zur Deckung der jährlichen Abgänge armer Kirchen der Patron herangezogen, womit demselben implicite auch die eventuelle Anschaffung der Matrizen und sonstiger Kirchenbücher zugewiesen wurde. „Die h. Hofkanzlei, so bestimmt ein Decret dieser Hofstelle vom 11. April 1822, Z. 9390 — (vgl. Rieders Handbuch der k. k. Verordnungen, I. Thl. S. 248) — verordnet, daß die jährlichen Abgänge bei Kirchen, insoferne sie nicht von den currenten Einkünften bedeckt werden können, dem Patron zuzuweisen seien, indem selbst bei vorkommenden Baulichkeiten das Stammvermögen der Kirche nur dann insofern angegriffen werden darf, als die Currenterfordernisse der Kirche durch ihre Einkünfte bedeckt bleiben“. (Vgl. Rieder, Handbuch der Verordnungen, 1. Theil S. 248 u. das ebendort cit. Decret der österr. Regg. vom 28. April 1822, Z. 8774). Dieselbe Bestimmung enthält die Verordnung des böhmischen Guberniums vom 20. December 1833, Z. 56.317.

Nach den voranstehenden Verordnungen pflegt man sich auch in der Praxis gewöhnlich zu richten. Es kann den Seelsorgern — wenn man auch von ihrer zumeist kargen, mit der Würde ihres Standes und Wichtigkeit ihres Amtes kaum zu vereinbarenden, Befoldung, die sich angesichts der immer mehr trostlosen Zeit und drückenden Steuerverhältnisse noch mit jedem Tage verschlimmert, absieht — unmöglich zugemuthet werden, wie der kirchenfeindliche Bureaokratismus mitunter behauptet hat, daß sie als „Matrizenführer“ auch die mit ihrer Anschaffung verbundenen Kosten zu tragen haben, zumal für sie die Matrizen eine „ergiebige Quelle von Einkünften bilden, da sie von den Parteien für die unterschiedlichen Matrizencheine Taxen einzuheben pflegen“.

Dagegen ist zuerst zu bemerken, daß die Matrizen a) nicht bloß im Namen der Kirche, sondern auch b) im Namen des Staates geführt werden. „Jeder Pfarrer — so verordnet schon das jese-

<sup>1)</sup> Durch wessen Schuld ist bekannt.



phinische Patent vom 20. Februar 1784 — hat von nun an über seinen Sprengel drei abge sonderte Bücher zu führen: ein Trauungsbuch, ein Buch zur Einzeichnung der Gebornen, und ein Buch über die Gestorbenen“. Mit Hofdecret vom 2. März 1771 wurden die Ordinariate ersucht, zu veranlassen, „damit die Kirchenbücher von den Seelsorgern richtig geführt . . . und darüber fleißige Obacht getragen werde“. — Das Hofdecret vom 19. Juli 1784 bestimmt, „damit die Pfarrer, deren Pfarreien mehrere Ortschaften einverleibt sind, zur Vermeidung aller Irrungen für jeden Ort abge sonderte Matriken führen, und am Schlusse des Jahres auch für jeden Ort eine eigene Tabelle einsenden“. — Das Hofdecret ferner vom 21. Juni 1787 verordnet ganz formell: „Es ist den Seelsorgern nochmals nachdrucksamst einzubinden, daß sie die Geburts-, Sterb- und Traubücher mit möglichster Genauigkeit und Verläßlich führen sollen. Von dem richtigen Vollzuge haben sich die Kreiscommissäre bei den Bereisungen durch Einsendung dieser Register, und Untersuchung ein und anderer Familie zu überzeugen“. — Mit der Verordnung des böhm. Guberniums vom 15. October 1803, Z. 31.316 wurde den Seelsorgern die genaue Befolgung des Hofdecretes vom 30. August 1784, Z. 15.500 in Erinnerung gebracht, demzufolge alle angestellten Seelsorger eine jede von ihnen getaufte, getraute oder begrabene Militärperson in ihre Pfarregister einzutragen und hievon . . die betreffenden Feldkapläne zu verständigen haben“. <sup>1)</sup> Kurz, die zahlreichen staatlichen Vorschriften über die Matriken, auf deren nähere Registrierung hier nicht eingegangen werden kann, sind ebenso viele klare und unumstößliche Beweise dafür, daß die Staatsverwaltung, wie aus den angeführten Erlässen und Verordnungen erhellt, durch ihre über die Anlegung, Form und sogar über die Schreibweise der Matriken erlassenen Vorschriften ganz deutlich zu erkennen gibt, daß sie diese Bücher nicht bloß für Kirchenbücher ansieht, sondern denselben auch staatsämtlichen Charakter vindiciert, <sup>2)</sup> woraus allein die tiefgehende staatliche Ingerenz auf die Matrikenführung erklärt werden kann.

<sup>1)</sup> Kürzlicher wird noch auf die Hofd. vom 12. December 1811, Zahl 18.374; 21. Oct. 1813, 16.350 mit einer ausführlichen Instruction über die Führung der Geburtsbücher; 27. Juni 1835 und 1836, ferner auf die neuesten Verordnungen des Ministeriums des Innern und der Justiz vom 30. Sept. 1857, des Innern vom 7. Aug. u. 19. Oct. 1880, Z. 460 a. u. verwiesen. Vgl. die gründliche Abhandlung über die Matrikenführung im Linzer Diöcesanblatte vom Jahre 1891; Jaksch, Gesetz-Lexikon und Nieder a. a. O. f. o. „Matriken“ und „Matrikenheine“. — <sup>2)</sup> Mit Patent vom 1. Mai 1781 (Z. G. S. Nr. 13) wurden „die Tauf-, Trauungs- und Todtenbücher der Pfarrer für öffentliche Urkunden erklärt, welchen voller Glaube beizumessen ist“. Das Hofdecret vom 14. Nov. 1788, Z. 1971 verordnet: „Die Summarien der Getrauten, Gebornen und Gestorbenen sind bis Ende Februar jeden Jahres ohnausbleiblich nach Hof zu befördern“. auch das Hofdecret vom 9. Dec. 1788, Z. 2105. Vgl. überhaupt Jaksch loc. cit. f. o. z. „Matrikelverzeichnisse“.



Sodann steht es außer Zweifel, daß die Matriken nicht bloß für die Kirche, sondern auch für den Staat von großer Wichtigkeit sind, indem sie nicht bloß kirchlichen, sondern auch — und dies bekanntlich in einem hohen Maße — den staatlichen Zwecken dienen. Es genügt in dieser Hinsicht auf die von den Seelsorgern über Ersuchen der Staatsbehörden alljährlich mit nicht geringer Mühe und großem Zeitverlust zu verfassenden statistischen Populations-, Conscriptions- und Schultabellen hinzuweisen, ferner auf die aus den Matriken zu ernierenden Ehe-, Familien- und sonstigen Rechtsverhältnisse, die gesetzliche Erbfolge, die zu Civil- und Gerichtsprocessen sowie zur Handhabung der Justiz in Strafsachen nothwendigen Matriken-Ausweise u. s. w., welche für die Pfarrämter bei den heutzutage mehr denn je zahlreichen und anstrengenden Seelsorgepflichten zu einer bedeutenden Geschäftslast geworden sind.

Bei dieser Sachlage wäre es nicht bloß unbillig, es wäre auch im hohen Grade ungerecht, wollte man an den Seelsorger mit der Zumuthung herantreten, die Matriken als kirchen- und staats-ämthliche Bücher aus eigenen Mitteln aus dem vorgeschützten, durchaus chimären, Grunde anzuschaffen, „weil sie für ihn eine gute Einnahmequelle abgeben“. Die ohnehin geringen Spenden, die für die Ausstellung von Matrikenscheinen entrichtet zu werden pflegen, sind mit Rücksicht auf die beträchtliche Zahl verschiedener periodischer Matrikenverzeichnisse, Tabellen und sonstiger Ex offio- und Gratischeine u. s. w. sowie im Hinblick auf die mit der Matrikenführung verbundene anstrengende Arbeit eine mehr als wohlverdiente Schreibgebühr. Der Charakter einer Stolgebür oder gar einer Stolaquelle kommt ihnen durchaus nicht zu. Von dieser Ansicht geht selbst der Commissions-Ausschuß des österreichischen Reichsrathes aus, der in seinem Berichte zu § 3 des Congruagesetzes vom 19. April 1885, (R.-G.-Bl. Nr. 47) entgegen dem Entwurfe der betreffenden Ministerialverordnung auch auf die Auslagen für die Matrikenführung, wo diese nicht aus dem Kirchenvermögen bestritten werden, bzw. nicht bestritten werden können, Bedacht nimmt mit der gewiß richtigen, wenngleich die Sache nicht erschöpfenden Motivierung, daß die Matrikenführung nicht bloß kirchlichen, sondern auch staatlichen Zwecken dient und dem Staatsschatze hiedurch der ganze Aufwand erspart wird, der sonst auf die Besorgung und Führung der Civilstandsregister (man sehe nur auf Ungarn) verwendet werden müßte. „Bezüglich der Ausgaben — so bestimmt der § 3, Punkt 2 lit. b) des genannten Gesetzes — sind zum Zwecke der Congruaergänzung in die (von den Beneficiaten vorzulegenden) Einkommenbescheinigungen einzustellen: Die Kanzleiauslagen für die Matrikenführung, wo dieselben nicht aus dem Kirchenvermögen bestritten werden“.

Folgerichtig verordnet der Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht und des Finanzministeriums vom 8. December



1885, den wir seiner praktischen Wichtigkeit wegen hier reproducieren wollen, wie folgt: „Als Kanzleiauslagen für die Matrikenführung, dort, wo dieselben (wie in unserem Falle) nicht aus dem Kirchenvermögen bestritten werden, sind in dem Einkommnisse über das Localeinkommen der Seelsorgegeistlichkeit, im Sinne des § 3, P. 2, b) des Gesetzes vom 19. April 1885 (R.-G.-B. Nr. 47) nach der Anzahl der Parochianen, u. zw. bis zu 1000 für je 100 Seelen 50 fr. ö. W., bei mehr als 1000 Seelen für die ersten 1000 Seelen 5 fl. ö. W., für je 500 Seelen über diese Zahl 1 fl. 50 fr., jedoch nur zum Höchstbetrage von 100 fl. ö. W. einzustellen, wobei eine Theilzahl unter 100, beziehungsweise 500 Seelen, nicht in Anschlag zu bringen ist. Die Anstellungsgebühr ist nach dem Stolpatente für die einzelnen Kronländer verschieden“. Mit anderen Worten: Die Seelsorger können sich den zur Anschaffung der Matriken erforderlichen Betrag bei Unzulänglichkeit des Kirchenvermögens aufrechnen und denselben in die Cassion einstellen, der ihnen sodann aus dem Religionsfonde vergütet wird.

Obwohl sich einerseits nicht verkennen läßt, daß durch diese Verfügung vielen Unzukömmlichkeiten in Betreff der Beischaffung der Matriken vorgebeugt und die bei unvermögenden Kirchen angestellten Beneficiaten hiedurch oft aus der peinlichsten Verlegenheit befreit werden, so muß andererseits bemerkt werden, daß diese Lösung der vorstehenden Frage kaum befriedigen dürfte, da sie theils mit anderen speciellen gesetzlichen Bestimmungen, theils mit der Anforderung des Rechtes schwerlich in Einklang gebracht werden kann. Da nämlich laut Artikel I, § 1 des vorcitierten Gesetzes die Congruenergänzung der Pfarrbeneficiaten, insoweit ihr Minimaleinkommen durch mit dem geistlichen Amte verbundene Bezüge nicht gedeckt erscheint, aus dem betreffenden Religionsfonde, also aus dem Kirchenvermögen erfolgt, so werden durch die genannte Verfügung die Religionsfonde zu Gunsten des Kirchenpatrons, der Pfarrgemeinde — die an den Matriken und ihrer correcten Führung offenbar auch ein Interesse hat — besonders aber zu Gunsten des Staates selbst — für den die Matriken nach den obigen Bemerkungen und den obcitierten Decreten und staatlichen Verordnungen von der größten Wichtigkeit sind — vielfach **belastet**, dagegen diese Factoren auf Kosten des Kirchenvermögens in der vorliegenden, sie alle tangierenden Angelegenheit gänzlich entlastet, was offenbar unbillig ist und gegen alle gesunden Rechtsgrundsätze verstößt.

Vor Allem ist hervorzuheben, daß der Religionsfond nicht dazu berufen ist, allen armen Kirchen, beziehungsweise ihren Patronen, den betreffenden Pfarrgemeinden und dem Staate bei Anschaffung der Matriken unter die Arme zu greifen und den damit verbundenen Kostenaufwand **subsidia r i s c h** **allein** zu bestreiten. Nicht bloß, daß dadurch sehr bedenkliche Praecedenzfälle geschaffen würden, deren Consequenzen für den Religionsfond nur schädlich wären, es



würde auch die völlig grundlose Vermuthung wachgerufen, die einzelnen Landes-Religionsfonde seien zum Besten aller Landes- bezw. Diöcesankirchen errichtete „gemeinsame Fonde“ und ihr Vermögen als ein concretales<sup>1)</sup> mit Rücksicht auf dessen Verwendbarkeit dazu bestimmt, um daraus sämtliche Bedürfnisse aller Kirchen ohne Unterschied ob sie Religionsfonds- oder Privatpatronatskirchen sind, zu decken — eine Ansicht, die ebenso irrig als unjuristisch ist. Bekanntlich ist die Zahl der Kirchen- und Pfarrbenefizien, über welche der Religionsfond das Patronatrecht im Namen der Kirche ausübt (Concordat, Art. XXXI.) eine sehr bedeutende und es zählen diese Kirchen erwiesenermaßen im Ganzen zu den ärmsten, die daher wegen ihrer alljährlich wiederkehrenden Passivität selbst hinsichtlich der Deckung der laufenden Kirchenerfordernisse an den Religionsfond angewiesen sind, dem hiedurch bedeutende Kosten erwachsen. Welchen Aufwand der äußere Gottesdienst, die Bauperstellungen an den kirchlichen Religionsfondsgebäuden, die verschiedenen Anschaffungen, die neu eingeführte obwohl ungenügende Congruaergänzung, die Ruhegehälter der Geistlichen, die unterschiedlichen Entlohnungen und Unterstützungen u. s. w. aus dem Religionsfonde erheischen, kann man daraus entnehmen, daß bereits viele, wenn nicht die meisten Landes-Religionsfonde trotz der eingeführten nicht unbedeutenden „Religionsfondssteuer“ schon seit einer Reihe von Jahren bei allem Sparen, wie actenmäßig nachgewiesen, passiv abschließen.

Bei dieser Sachlage dürfte es kaum gerechtfertigt noch angezeigt erscheinen, die so stark in Anspruch genommenen, ja bereits vielfach erschöpften Religionsfonde auch da, wo der Religionsfond nicht Patron ist und mithin die Patronatslasten nicht zu tragen hat, zur Bestreitung der laufenden Kirchenerfordernisse und des mit Beischaffung der Matriken verbundenen Kostenaufwandes heranzuziehen, wozu sie gesetzlich nach ihrem ursprünglichen Zweck und Bestimmung auch gar nicht verpflichtet sind. „In Betreff des Aufwandes — lehrt der bekannte Canonist Helfert (Handbuch des Kirchenrechtes, 2. Thl. 2. Abth., S. 761 u. f.) — den der Religionsfond zu bestreiten hat, liegt ihm

1. die Erbauung, Erhaltung und Herstellung der kirchlichen Gebäude ob, von welchen er Patron und Grundobrigkeit ist. Patron und Grundobrigkeit ist er bei allen auf Religionsfonds-Gütern bestehenden und noch zu errichtenden Pfarren und Localien . . .“

2. „Hat er die Kosten auf Kirchengeräthe und Kirchenerfordernisse bei allen neuen Pfarren und Localien, selbst wenn er deren Patron nicht ist, so weit zu tragen, als sie aus dem eigenen Vermögen der Kirchen nicht bestritten werden können“. —

<sup>1)</sup> Vgl. dagegen § 39 des Ges. vom 7. Mai 1875 Nr. 50 und die einschlägigen Ministerialverordnungen.



Das Decret der obderennsischen Regierung vom 16. October 1821, Z. 17.985 (Pr. G. S., Bd. 3, S. 368) verordnet diesfalls: „Der Religionsfond wird verwendet zur Unterstützung des Cultus im Allgemeinen, zum Unterhalte der nicht mit Pründen dotierten Geistlichkeit . . . zur Erhaltung der zu gering oder ganz undotierten, unter keinem Privat-Patronate stehenden Kirchen und anderen geistlichen Gebäude . . .“ (Vgl. Nieder loc. cit. S. 493 f. o. „Stiftung“).

Hieraus erhellt, daß, so wenig eine bestimmte, wenn auch reich dotierte Patronatskirche verpflichtet ist, eine fremde, mit ihr weder durch Patronats- noch durch sonstigen canonischen Verband vereinigte Kirche zu unterstützen,<sup>1)</sup> ja dies nicht einmal thun darf, da dies nach den bestehenden kirchlichen Gesetzen unzulässig ist, indem es eine Alienation des Vermögens der betreffenden Kirche involvieren<sup>2)</sup> und gegen welchen Vorgang auch der Patron dieser Kirche gewiß die entschiedenste Verwahrung einlegen, wenn nicht gerichtlichen Proceß anstrengen würde: Dies folgerichtig auch vom Religionsfonde als Patron anderen unvermögenden Kirchen gegenüber volle Geltung haben muß, da seine rechtliche Stellung fremden Patronatskirchen gegenüber offenbar dieselbe ist, wie jene anderer Patronatskirchen, mithin was von diesen gilt, auch vom Religionsfonde behauptet und mit Rücksicht auf § 32 des Gesetzes vom 7. Mai 1874 zur Anwendung kommen muß.

Aus diesen kurzen Erörterungen ergibt sich, daß es nach der Natur der Sache und nach dem ausgedehnten Gebrauche, den die Staatsverwaltung von den Matriken macht, zunächst dieser selbst obliegt, bei unzulänglichen Kirchenmitteln für den Matrikenaufwand aufzukommen, denn „qui sentit commodum, debet sentire et onus“ (R. Z. 55) und dies umsomehr als bei der großen Mehrzahl der Kirchen die Matriken aus dem Kirchenvermögen angeschafft werden, der be-

<sup>1)</sup> Die alten Hofdecrete vom 9. Dec. 1785, citiert in einem Erlasse des k. k. Cultusministeriums vom 25. Februar 1855, Z. 23.737; vom 20. Nov. 1855, Z. 2799 u. a., nach welchen „vermöglichere Filialkirchen“ ihre armen „Mutterkirchen“ mit ihrem entbehrlichen Vermögen zu unterstützen haben, ferner die Bestimmung des § 54 des Gesetzes vom 7. Mai 1874 (R.-G.-Bl. Nr. 50), der zufolge das überschüssige Vermögen einer Kirche, wenn es zu dem bewidmeten kirchlichen Zwecke nicht vollständig benöthigt wird, im Einverständnisse mit dem betreffenden Ordinariate und ernen kirchlichen Zwecken zugewendet werden kann — sind rein staatliche Verordnungen, wogegen es nach dem Kirchengesetz und selbst nach §§ 40, 45, 50 und 54 des eben genannten Staatsgesetzes außer Zweifel steht, daß das Vermögen einer Kirche als einer selbständigen juristischen Person regelmäßig nur für die Bedürfnisse eben dieser Kirche verwendet werden dürfe, und daß die weltlichen Cultusbehörden de jure nicht berechtigt sind, über die Verwendung des Vermögens einer Kirche zu Gunsten einer anderen fremden Kirche zu verfügen. Vgl. dazu den Commissionsbericht des Herrenhauses zum § 54 des cit. Gesetzes. — <sup>2)</sup> Cf. cap. 1. et seqq. x lib. III. lit. XIII. per extensum; lib. III. tit. IX. in VI<sup>o</sup> etc.; — Ferraris, Prompta biblioth. can. s. v. Alienatio. Vgl. auch die päpstlichen Facultäten, welche diesfalls den Bischöfen ertheilt zu werden pflegen.



treffende Aufwand also nicht so groß und der Staat dabei immer im Vortheil ist, und sodann auch aus dem schwerwiegenden Grunde, weil die dermalige Matrifensführung dem Staat gar keine Opfer kostet, moegen er auf die Besorgung dieser wichtigen Angelegenheit durch weltliche Organe auf die Matrifensführung einen ungeheuren Aufwand, wie zugestanden, verwenden müßte.

Sowie dies bei minder dotierten Religionsfondskirchen wirklich der Fall ist, ebenso wenig läßt sich nach dem oben Gesagten und der Analogie bestreiten, daß dazu bei unermögenden Privat-Patronatskirchen zunächst der Patron (vgl. § 32 des cit. Gesetzes) und mit Rücksicht auf den § 35 eben dieses Gesetzes, demzufolge alle einen kirchlichen Gegenstand betreffenden Verbindlichkeiten, welche in den Gesetzen den Gemeinden auferlegt werden, den Pfarrgemeinden obliegen, die betreffenden Parochianen verpflichtet sind, da sie auch nach der Bestimmung des § 41 des genannten Gesetzes bei Unzulänglichkeit des Vermögens ihrer Pfarrkirche die Auslagen für die Kirchenbedürfnisse zu bestreiten haben.

Königsgrätz.

Dr. Anton Brychta.

### VIII. (Ob der Ablass des Altare privilegium getrennt werden kann von der applicatio missae?)

Die Frage, um welche es sich hier handelt, ist diese: Kann der Ablass eines privilegierten Altars nur für jene Seele gewonnen werden, für welche das Messopfer dargebracht wird, oder kann der Ablass für eine bestimmte Seele gewonnen werden, obwohl man die heilige Messe für eine andere Seele darbringt? Wie man leicht sieht, ist die Entscheidung dieser Frage für die Praxis nicht ohne Bedeutung.

Bisher wurde auf diese Frage geantwortet: Der Ablass kann in der Regel nur jener Seele zugewendet werden, für welche das Messopfer dargebracht wird. Also dies ist das regelmäßige und gewöhnliche, aber es kann gleichwohl Fälle geben, wo eine Trennung stattfindet und der Ablass für eine Seele gewonnen werden kann, obwohl die heilige Messe für eine andere Seele gelesen wird. Mit Recht berief man sich (cf. Schüch, Gassner, Behringer) auf einen Erlaß der Ablass-Congregation vom 31. Jänner 1848, wo auf die diesbezügliche Frage geantwortet wurde: Communicetur votum Consultoris. Dieses Votum des Consultoris der Ablass-Congregation lautete: Hanc eandem quaestionem enucleandam sibi proponit doctissimus P. Cavalieri, scilicet an indulgentia et Sacrificium dividi queant? Respondet, nexum quaestionis pendere ex verbis Indulti. Si Indultum cantet: qui pro defuncto Missam in tali altari dixerit, liberat animam eius . . . tunc Sacrificium et indulgentia non possunt dividi, sed utrumque pro eodem defuncto est applicandum. Pariter si fundator aut stipem erogans imponat onus celebrandi in altari privilegiato, divisibilitas locum non habet; per impositionem enim talis oneris censetur etiam voluisse applicationem